

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Anzeigenannahmeschluss Vorm. 9 Uhr am Ausgabetag
Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 26
Geschäftszeit: Vormittag 7-1, Nachm. 2-5 Uhr.
Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Pöhl-
ter; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirker Friedr.
Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Herrn
Hermann Esche; in Penig bei Herrn Wilhelm
Dahler; in Wollenburg bei Herrn Ernst Friede-
mann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.
Bankkonto: Vereinskonto zu Coburg Geschäftsstelle
Waldenburg Sa. Gemeindegroßkonto Waldenburg 18.

Erst ist täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und
Feiertagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des
Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 9 M., im vor-
aus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 9 M.
Einzeln Nr. 40 Pfg. Sonntags-Nr. 50 Pfg. Inse-
ratenpreis 1 Zeile 1.50 M., Reklamezeile 88 mm breit
4 M., die dreispaltige Zeile im amtlichen Teile
3.00 M. Schlüssel auf Anzeigen und Eingelände
1 Zeile 50 Pfg. Nachzahlungsgebühr 50 Pfg.
Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach-
Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436.

Angleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 3.

Mittwoch, den 4. Januar

1922

Witterungsbericht aufgenommen am 3. Januar, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 750 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 2° C. (Morgens 8 Uhr + 0,5° C. Tiefste Nachttemperatur + 0,5° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprecht's Polymeter 59%. Taupunkt - 6°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 6,5 mm. Daher Witterungsaussichten für den 4. Januar: Neigung zu Niederschlägen.

Einigung in der Eisenbahnerbewegung.

Mit dem neuen Jahre ist auf allen deutschen Schiffen die schwarz-rot-gelbe Flagge gehißt worden.

Die Erwerbslosenfürsorge soll in eine Arbeitslosenfürsorge umgewandelt werden.

In den Reparationsfragen ist noch keine Einigung erzielt. Die Kosten der Rheinlandbesetzung sollen auf 40 Millionen festgesetzt werden.

Im Öffener Bezirk ist ein Teil der Eisenbahner zur Arbeit zurückgekehrt.

Die Bergleute im Saargebiet verlangen die Aufhebung des Lohnstichtags.

In Düsseldorf müssen wegen Kohlenmangel die Betriebe eingeschränkt werden.

In Prag wurden die Steuerverträge mit Deutschland unterzeichnet.

Österreich schließt sich der kleinen Entente an.

Frankreichs Bevölkerung hat sich um zwei Millionen vermindert.

Frankreich will das deutsche Oberschlesien solange besetzt halten, bis Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen ist.

Der englische Thronfolger ist von seiner Indienreise zurückgekehrt.

Russische Vertreter kaufen in Oberschlesien Eisenbahnmateriale.

Waldenburg, 3. Januar 1922.

In Cannes in Südfrankreich tritt am 6. Januar die Konferenz des Obersten Rates zusammen. Aus London, Paris, Brüssel und Rom kommen eine Fülle von Plänen und Einzelvorschlägen, wie auf dieser Konferenz das Reparationsproblem neu geregelt werden soll. Der zweite Besuch Dr. Rathenau's in London hat nicht dazu beitragen können, daß sich Lloyd George und Briand über bestimmte Vorschläge einigten. Als Dr. Rathenau in den Weihnachtstagen dem Reichskabinett gegenüber seine Eindrücke in London schilderte, wurde der Beschluß gefaßt, vorläufig die Frage der Reparationskommission über den Umfang und die näheren Bedingungen des erbetenen Moratoriums nicht amtlich zu beantworten, sondern vielmehr den Staatssekretär Fischer zwecks neuer mündlicher Verhandlungen mit der Reparationskommission nach Paris zu entsenden.

Das Rätselraten über Cannes nimmt seinen Fortgang. Seit dem 27. Dezember weiß Lloyd George bereits in dem für die Konferenz in Aussicht genommenen Rivieraort. Seine Ideen über den Neuaufbau Europas wurden am 19. Dezember veröffentlicht. Sie bezwecken die Festlegung der deutschen Warenausfuhr auf die zerstörten Kriegsgebiete und auf das neu zu erschließende Rußland. Als Gegenleistung für die Befreiung von der deutschen Konkurrenz soll England geneigt sein, auf seine Reparationsansprüche an Deutschland zu verzichten. Das Wort „Verzicht“ hat in Frankreich und noch mehr in Belgien wie eine Bombe gewirkt. Im Gegensatz zu England soll Belgien beabsichtigen, sogar rigorose Beschlagnahmungen deutschen Eigentums vorzuschlagen um die fälligen Reparationsraten zu decken. Es soll angeblich eine von belgischen Finanz Sachverständigen ausgearbeitete Denkschrift existieren, welche die Erfassung der deutschen Auslandsguthaben empfiehlt. Die Summe dieser Guthaben soll 4 Milliarden Goldmark betragen.

In Italien weiß man nicht recht, ob man sich den umfassenden englischen Aufbauplänen oder den französischen Randwern zur Liquidierung der Reparationsschuld anschließen soll. Der derzeitige italienische Ministerpräsident Bonomi wird bei seiner in Cannes einzunehmenden Haltung auf den kommenden Rana Ritti Rücksicht nehmen müssen, dessen Buch „Das friedlose Europa“ großzügige Ausbaupläne entwickelt und in schroffem Widerspruch zu der heute in Paris besetzten Politik steht. Briand hat

in der Weihnachtsfeier der Deputiertenkammer versprochen, keine Garantie preiszugeben, die Frankreich nach dem Versailleser Vertrag zusteht. In Paris bekämpft man mit aller Energie den Gedanken eines Moratoriums und hegt die Hoffnung, daß Belgien und sogar Italien in Cannes den französischen Standpunkt verteidigen werden.

An Einzelprojekten, die zu schweben scheinen, seien folgende erwähnt: Die Reichsbank soll gegenüber der Reichsregierung selbständiger gemacht werden, d. h. das Recht erhalten, den Druck und die Ausgabe von Noten, — wenn solches vom Reich in ungehörlichem Umfang verlangt werden sollte — abzulehnen. Zu allem Ueberflus soll auch noch ein Vertrauensmann unserer Gläubiger die Notenausgabe kontrollieren. Weiter wird von einer Vermehrung der Befugnisse des Garantie-Komitees gesprochen, welches nach dem Londoner Abkommen die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtung kontrollieren soll. Wie diese Befugnis-Vermehrung durchgeführt werden soll, ohne daß Eingriffe in die innere deutsche Verwaltung erfolgen, ist allerdings nicht zu erkennen. Es scheint festzustehen, daß unsere Gläubiger auf die volle Zahlung von 500 Millionen Goldmark in bar (3. Quartalsrate des am 1. Mai ablaufenden ersten Zahlungsjahres) bestehen werden. Die auf etwa 300 Millionen Goldmark veranschlagte 26%ige Ausfuhrabgabe (gleichfalls eine Quartalsrate) soll gegen deutsche Sachleistungen verrechnet werden. Was von den vielgestaltigen Plänen in Cannes das Licht der Welt erblicken wird, ist zur Zeit nicht abzusehen. Es verdient besondere Aufmerksamkeit, daß der amerikanische Botschafter in London bereits am 29. Dezember, also eine reichliche Woche vor Beginn der Konferenz, in Cannes erwartet wurde und dort jedenfalls mit Lloyd George eingehend konferieren wird. Wir tun unter allen Umständen gut, unsere Hoffnungen auf die Ergebnisse der Konferenz in Cannes auf ein Mindestmaß herabzuschrauben.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reichspräsident Ebert und der österreichische Bundespräsident Hainisch wechselten zum Jahreswechsel herzliche Glückwunschtelegramme.

Der Reichspräsident hat unterm 20. Dezember 1921 den sächsischen Gesandten Reichsminister a. D. Dr. Grunauer in Berlin für die Dauer des von ihm zurzeit bekleideten Staatsamtes zum Mitglied des Reichsdisciplinarhofes in Leipzig ernannt.

Am Neujahrstage empfing der Reichspräsident die Chefs aller fremden diplomatischen Vertretungen. Als Doyen des diplomatischen Korps hielt der päpstliche Nuntius eine Ansprache, in der er sagte: „Zum ersten Male seit dem Weltkriege versammelt sich das diplomatische Korps in Berlin aus Anlaß des Neujahrstages vor dem höchsten Beamten der deutschen Republik, ein glückliches Ereignis, ein Symptom der fortschreitenden Rückkehr der Menschheit zum Ideal der Brüderlichkeit und des Friedens zwischen den Völkern, welches Ideal den Ruhm der zivilisierten Völker bildet. Möge die göttliche Vorsehung, welche die Menschen zum edlen Streben anspornt und sie leitet, es ermöglichen, in diesem Jahre die wirkliche und dauerhafte Versöhnung der Völker zu vollenden, die von allen aufrichtig ersehnt wird und sich auf der Achtung des Rechts, auf der fruchtbarsten und friedlichen Arbeit und auf den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Wahrheit gründet. Von diesen Gefühlen durchdrungen, bringen wir Ihnen heute, Herr Präsident, inmitten der schwierigen Aufgaben der Gegenwart, unsere Huldigung und gleichzeitig unsere Glückwünsche für Sie selbst und für das deutsche Volk dar.“ Der Reichspräsident sprach dem Nuntius für die Wünsche des diplomatischen Korps seinen tiefgefühlten Dank aus. „Der Umstand — so fuhr er fort —, daß diese Worte

aus dem Munde des Vertreters Sr. Heiligkeit des Papstes kommen, der sein vornehmeres Ziel darin sieht, Frieden auf Erden zu schaffen und zu erhalten, gibt ihnen in meinen Augen besondere Bedeutung. Das deutsche Volk wünscht für sich nichts anderes, als in friedlicher Arbeit neben den übrigen Völkern sein nationales Dasein wieder aufzubauen. Es gibt sich der Hoffnung hin, daß im kommenden Jahre die Erkenntnis der Weltnotwendigkeiten weiter wächst und daß in dieser Erkenntnis jede Nation sich bemühen wird, durch fruchtbare Zusammenarbeit mit allen übrigen Völkern der Menschheit den wahren und aufrichtigen Frieden zu geben. Mit dieser großen Hoffnung im Herzen durchdrungen von dem Bewußtsein, daß ihre Erfüllung geboten ist, bitte ich Sie, Herr Nuntius, und Sie meine Herren, auch meine Glückwünsche für Ihr Wohlergehen und für das Gedeihen der von Ihnen vertretenen Regierungen und Völker entgegenzunehmen.“

Noch am Eylvorabend ist es zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Spitzenorganisationen der Eisenbahnarbeiter zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen, die im wesentlichen vorliegt, daß an die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Lohntarifvertrages das neue Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten tritt, sowie eine neue Neuregelung der sog. Ueberleitungszuschüsse vorliegt, wogegen sich die Organisationen verpflichteten, „mit allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.“ Doch hat sich trotz dieser Einigung die Streklage nicht so rasch geändert, wie man vielleicht erwarten konnte. Im Rheinlande wie in Berlin hockte auch noch am Neujahrstage der Verkehr fast völlig, und erst am 2. begann sich in Berlin wieder ein ordnungsmäßiger Verkehr zu entwickeln. Schwieriger gestaltete sich die Lage in Rheinland-Westfalen. Im besetzten Gebiet wurde die Arbeit allerdings schon am 1. Januar unter dem Druck der Entente wieder aufgenommen. Anders im Bezirk Ebersfeld; dort erklärten die Arbeiter, von ihren Organisationen nicht über die Einigung unterrichtet zu sein, und freilich deshalb größtenteils auch noch am Montag weiter. Linksradiante Elemente scheinen sich die Situation zu nütze machen zu wollen und zu versuchen, die Aktion weiterzutreiben.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat beschlossen, für die Dauer der Besetzung der Rheinlande sowie des Saargebietes in Zukunft die Sommerzeit in der Nacht des letzten Sonnabends im März beginnen zu lassen und in der Nacht des letzten Sonnabends im Oktober aufhören zu lassen.

Die Reichsregierung ist bekanntlich bemüht, die Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung umzuwandeln. Der Entwurf eines bezüglichen Gesetzes ist seitens des Ministeriums den Interessenten vorgelegt worden. Er sieht vor, daß der Aufwand im Wege eines Umlageverfahrens durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt wird.

Die Steuerauschnisse des Reichstages haben ihre Beratungen bis zum 7. Januar vertagt. Es verlautet zuverlässig, daß es nicht gelungen ist, in den bisherigen Beratungen eine Einigung über die wichtigsten Grundlagen der Steuervorlagen zu erzielen. Die jetzige Regierungskoalition hat jedenfalls in den Steuerauschnissen gänzlich versagt.

Mit dem neuen Jahre mußte auf allen deutschen Schiffen die alte schwarz-weiß-rote Flagge heruntergeholt und durch die neue Flagge ersetzt werden.

Durch zwei Abkommen mit England und Frankreich ist bestimmt worden, daß Schadenersatzansprüche englischer und französischer Staatsangehöriger aus dem Kriege aus dem eingezogenen deutschen Vermögen in diesen Ländern abgedeckt werden.

Bei den Gemeindevahlen in Detmold wurden 19 Bürgerliche und 5 Sozialisten gewählt. In ganz Lippe sind die Unabhängigen fast ganz verschwunden, die Kommunisten erlitten eine blamable Niederlage. Die deutsche Volkspartei hat stark zugenommen.